

«Ervolksprämie» für bessere Politik

MEINUNG Parteien, Parlament und Bundesrat können die Probleme der Schweiz kaum lösen. Ein zivilgesellschaftlicher Preis für erfolgreiche Volksinitiativen könnte positiv wirken. **REINER EICHENBERGER**

Zur Gesundung der Schweizer Politik sollten ab 2025 vier Fehler vermieden und eine neue Institution eingeführt werden. Fehler eins: niedriges Anspruchsniveau. Für internationale Vergleiche dienen heute zumeist die vier grösseren Nachbarländer als Referenzniveau. Doch das wird immer falscher. Wer diesen Vergleich mit «Fusskranken und Lahmen» besteht, muss nur nicht katastrophal schlecht sein. Deshalb braucht die Schweiz endlich ein Benchmarking mit den erfolgreichsten europäischen und nordamerikanischen Regionen, Singapur und anderen Erfolgsmodellen.

Fehler zwei: naive Interpretationen. Heute gibt es schon so etwas wie internationales Benchmarking: Städterankings von Mercer, «Economist» und EU. Sie vermessen die Lebensqualität europa- und weltweit. Weltweit sind die Städte Zürich und Genf zumeist unter den ersten sieben und Basel und Bern unter den ersten fünfzehn. Ist ihre Politik also grandios? Ihre linkslastigen Regierungen glauben es. Doch wie kann Zürich top sein, ohne dass Zug, Luzern und all die anderen attraktiven Orte mithalten? Ganz einfach: Die Ranking-Organisationen berücksichtigen nur die grössten Städte. Dabei wären viele kleinere Städte locker besser, wie die innerschweizerischen Gemeinderankings zeigen. Gut sind eben nicht die vier grossen Schweizer Städte, sondern die Schweiz ist es.

Fehler drei: falsche Messgrössen. Viele Politiker, Medien und Spitzenverbände beschönigen die Wirtschaftslage. Viel zu oft betrachten sie das Wirtschaftswachstum mit dem gesamten Bruttoinlandsprodukt (BIP) statt mit dem BIP pro Kopf. Nie rechnen sie das «Grenzgänger-Doping» heraus. Die stete Zunahme der Grenzgänger bläht das BIP pro Kopf jährlich bis 0,3% auf, da ihre Löhne zum BIP zählen, sie aber nicht zu den Köpfen. Ohne dieses Doping, das den Inländern nichts bringt, ist das Schweizer Wachstum lausig – natürlich nicht verglichen mit Deutschland, Italien und Frankreich, sondern mit relevanten Benchmarks. Nun haben die Beschöniger ein neues Narrativ. Sie wiederholen stereotyp, eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zeige, dass die Schweiz der grösste Profiteur des EU-Binnenmarktes sei.

Wo Economiesuisse falsch liegt

Ähnlich stellte kürzlich Christoph Mäder als Präsident von Economiesuisse in der NZZ die bilateralen Verträge als Schlüssel zum Wohlstand dar: Die Schweizer Wohlstandszunahme von 1999 bis 2024 sei «fast doppelt so hoch wie jene in Deutschland und fast dreimal so hoch

wie jene in Frankreich». Die Jubelslogans entspringen einem simplen Trick. Die Wohlstandszunahme wird absolut in Franken statt wie üblich in Wachstumsraten gerechnet. Da die Schweiz ein fast doppelt so hohes BIP pro Kopf wie Deutschland und ein gut doppelt so hohes wie Frankreich hat, sind in der Schweiz die Wohlstandsgewinne in Franken gerechnet auch dann grösser, wenn ihre Wachstumsrate weit schlechter ist. Genauso trivial ist das Bertelsmann-Ergebnis: Freihandel steigert die Wohlfahrt aller daran beteiligten Länder prozentual ungefähr gleich stark. Doch das hätte den Studienmachern keinerlei Aufmerksamkeit gebracht. Deshalb rechnen sie in Euro pro Kopf – und schwupp, liegen die Reichen und damit die Schweiz ganz vorne, und die Aufmerksamkeit ist gross.

Fehler vier: verdrehte Bürgerpräferenzen. Die Schweizer Energie-, Klima- und Verkehrspolitik ist sehr teuer und wirkungsarm, mit hohen Subventionen für Flatterstrom sowie E-Autos und ÖV von unterirdischer FV-Dosto-Qualität. Deren Stromverbrauch bedingt zusätzliche Stromproduktion im europäischen Netz, also zusätzlichen fossilen und Atomstrom. Die weit bessere Alternative wäre echte Kostenwahrheit: Internalisierung der externen Effekte durch Emissionen, Lärm, Unfälle und Staus mit angemessenen, ausnahmslosen Umwelt-, Stau- und CO₂-Abgaben – bei voller Rückführung der Abgaben an die Bevölkerung durch Senkung anderer Steuern sowie Aufhebung der Regulierungen und der Subventionen zugunsten von ÖV und Alternativen.

Allgemeinwohl im Fokus

Politiker behaupten, die Bürger wollten keine Umweltabgaben. Das stimmt nicht. Die Bürger wurden nie gefragt, ob sie echte Kostenwahrheit wollen, sondern in etwa das: «Wollen Sie eine löchrige Umweltafgebabe, deren Ertrag grösstenteils für zusätzliche Subventionen und Regulierungen eingesetzt wird?» (CO₂-Gesetz 2021) und «Wollen Sie als Ersatz für die Mehrwertsteuer eine extrem hohe Energiesteuer, die mit der so erzwungenen Auslagerung der Produktion aus der Schweiz permanent erhöht wird und die die Wirtschaft zusammenbrechen lässt?» (GLP-Initiative 2015). Zum Glück haben die Bürger solche Kostenscheinwahrheit abgelehnt. Sie müssen endlich gefragt werden, ob sie echte Kostenwahrheit wollen. Die Lösung: «Ervolksprämie». Parteien, Parlament und Bundesrat können die angesprochenen Probleme kaum lösen. Sie sind in einem Spinnennetz ver-

querer Anreize durch Eigeninteresse, Lobbyeinfluss und Wiederwahlrestriktionen gefangen. Was hilft? Volksinitiativen! Doch auch sie werden heute oft von Gruppen getragen, die nicht ernsthaft aufs Allgemeinwohl zielen.

Zu fördern sind Volksinitiativen, die einen Beitrag zur fruchtbaren Entwicklung der Schweiz im Sinne ihrer Bürger leisten. Ein gutes Mass für die Fruchtbarkeit von Volksinitiativen ist, ob sie das doppelte Mehr erreichen. Entsprechend sollten die Initiativkomitees solcher Initiativen eine Art «Grossen Preis der Schweiz» oder «Ervolksprämie» von wenigstens 2 Mio. Fr. erhalten.

Mehr Zivilgesellschaft

Dies gäbe politischen Akteuren Anreize, Initiativen zu erarbeiten, die ernsthaft auf Problemlösungen und das Allgemeinwohl zielen. Das wiederum gäbe Parteien, Parlament und Bundesrat Anreize, Probleme selbst wirkungsvoll anzugehen, da sie sonst regelmässig durch Volksinitiativen vorgeführt würden. Nur: Ein solcher Preis, der den Einfluss und den Spielraum von Parlament und Regierung einschränken würde, hätte dort kaum Chancen.

Das aber ist kein Problem. Die «Ervolksprämie» kann durch privates und zivilgesellschaftliches Engagement umgesetzt werden, etwa durch Mäzene oder Stiftungen. Verglichen mit ihrem bisherigen Engagement geht es um kleinere Einsätze mit viel grösserem Effekt. Entscheidend für den Erfolg der «Ervolksprämie» ist absolute politische Neutralität. Jede erfolgreiche Initiative muss belohnt werden, unabhängig von ihrer politischen Färbung. Ein zivilgesellschaftlich vergebener Preis ist viel wirkungsvoller als ein staatlicher. Denn private Organisationen können das Modell innovativ und flexibel weiterentwickeln. So könnten sie die Höhe der Belohnung mit der erreichten Zustimmung variieren oder Belohnungen für Initiativen aussprechen, die erfolgreiche Gegenvorschläge provozierten, oder auch erfolgreiche Referenden belohnen.

Die Einwände gegen die «Ervolksprämie» ziehen nicht. Natürlich nimmt das Volk zuweilen dumme Initiativen an. Dank der «Ervolksprämie» würden aber bei «Fehlentscheidungen» viel schneller Gegeninitiativen ergriffen. Zudem korrigiert das Verfahren seine Probleme selbst. Wenn es etwa aus Sicht der Mehrheit zu viele Initiativen gäbe, käme wohl eine Volksinitiative, die höhere Unterschriftenzahlen oder klügere Bremsen verlangen würde. Höchste Zeit also, dass Bürger und Zivilgesellschaft das Steuer der Demokratie wieder selbst übernehmen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg. Zudem ist er Mitgründer und Forschungsdirektor des privaten Forschungszentrums Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts).



«Jede erfolgreiche Initiative ist zu belohnen, gleich, welcher politischen Farbe.»

Ja zu mehr Kapital für UBS

Es ist eine der heissesten Fragen, die den Finanzplatz auf Trab halten: Wie viel Eigenkapital braucht UBS? Darüber soll bald Klarheit herrschen. Zuerst wird die Parlamentarische Untersuchungskommission ihren Abschlussbericht zum CS-Debakel vorlegen. Erst dann, im neuen Jahr, ist der Bundesrat mit seiner Antwort auf die Eigenkapitalfrage an der Reihe.

Diese Zeit nutzt UBS clever aus. Sie tingelt durchs Land und präsentiert ihre Sichtweise. Die lautet: Wir sind sicher unterwegs. Wir brauchen keine schärferen Kapitalvorschriften.



JONATHAN PROGIN
Redaktor
zum Thema
UBS

Das ist falsch. UBS braucht mehr Eigenkapital. Sie ist nicht irgendeine Bank, sondern die wichtigste Bank auf dem Finanzplatz und für international expandierende Schweizer Unternehmen. UBS stellt eine riesige Hypothek für die Steuerzahler dar. Ihr Ausfall wäre katastrophal.

Umso wichtiger sind regulatorische Leitplanken. Risiken einzugehen, gehört zum Geschäft einer internationalen Grossbank. Aber der Risikoappetit muss gesund sein oder gesundgeformt werden. Nicht ins Bild passen Ambitionen, Marktanteile im Investment Banking in den USA zu gewinnen. Auch heikle Verbindungen zu Pekings Rüstungskonzernen via chinesische Joint Ventures zeigen: Die Prioritäten sind nicht richtig gesetzt.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat zusammen mit dem Regulator und der Nationalbank UBS zur Megabank gemacht. Jetzt ist es an ihr, Grenzen aufzuzeigen. In der Frage, wie viel Eigenkapital UBS in Zukunft braucht, darf der Bundesrat nicht zögerlich sein. Mehr ist mehr. Sicherheit geht vor. Der Entscheid fällt hoffentlich im Sinne der Steuerzahler.

Aktuell auf www.fuw.ch

Landis+Gyr ernennt Peter Mainz per sofort zum CEO

Der Verwaltungsrat von Landis+Gyr hat Peter Mainz per sofort zum CEO ernannt. Er löst Werner Lieberherr ab, der im Frühjahr 2025 das ordentliche Rentenalter erreicht. Mainz ist seit 2018 Mitglied des Verwaltungsrats von Landis+Gyr und war zuvor langjähriger Verwaltungsratspräsident und CEO von Sensus, einem US-Unternehmen, das wie L+G im Bereich Smart Metering tätig ist.

Claudius Moor wird Chef von Arbonia

Der bisherige Türen-Chef des neu auf Türen fokussierten Baukonzerns, Claudius Moor, wird die Funktion per 1. Januar 2025 übernehmen, wie Arbonia am Mittwoch mitteilte. Der langjährige exekutive Verwaltungsratspräsident Alexander von Witzleben bleibe auch danach als Verwaltungsratspräsident aktiv. Moor ist seit 2015 bei Arbonia tätig.

Kleinanleger von Varta klagen vor Gericht

Angeichts der drohenden Enteignung der Kleinaktionäre der in Deutschland kotierten Montana-Tech-Tochter Varta haben Aktionäre beim deutschen Bundesverfassungsgericht geklagt. Der entschädigungslose Abschluss des Bezugsrechts bei der Sanierung des Batteriekonzerns verstosse gegen die Eigentumsgarantie, teilte die Schutzgemeinschaft der Kleinanleger (SdK) mit.

Solarfinsternis

MEINUNG Dunkelflaute und Solarexpress zeigen Limiten der Energiewende. **ARNO SCHMOCKER**

Nicht nur Trump, sondern auch das Kofertwort Dunkelflaute sorgte in Deutschland bis vor kurzem für Schlagzeilen. Nahezu drei Wochen lang herrschte in Mitteleuropa eine Inversionslage mit Hochnebel wegen des Hochs «Zayyan». Das bedeutete kaum Sonne und wenig Wind. Die Folgen: ein Strompreisrekord, und mehr als die Hälfte des Stroms stammte aus fossilen Quellen. Der Tiefpunkt der Produktion in Deutschland wurde am 6. November abends gemessen. Weniger als 0,2% des Strombedarfs konnte aus Sonne und Wind gedeckt werden.

Im seit April 2023 kernenergiebefreiten nördlichen Nachbarland spielt sich ab, was der Schweiz ebenfalls blühen könnte. Das am 9. Juni vom Stimmvolk angenommene «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» verlangt, bis 2035 einen Bedarf von mindestens 35 Terawattstunden (TWh) und bis 2050 einen solchen von mindestens 45 TWh mit erneuerbarer Energie, ohne Wasserkraft, zu decken. Und seit 2011 gilt in der Schweiz ein Verbot zum Bau neuer Atomkraftwerke.

Kaum die Hälfte des Ziels

Besonders für den Winter muss die Schweiz dringend ihre Stromproduktion ausbauen. Sonst droht, mit Blick auf die enorm zunehmende Elektrifizierung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten sowie die ungewissen Importmöglichkeiten, ein Blackout mit verheeren-

den Konsequenzen für das Land. Doch der Ausbau der Erneuerbaren stockt. Auch der sogenannte Solarexpress mit alpinen Solaranlagen, die etwa die Hälfte des Stromertrags im Winterhalbjahr produzieren, kommt nicht vorwärts. Gemäss aktuellen Zahlen des Verbands Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) weist der vor zwei Jahren vom Parlament

«Rentieren alpine Solaranlagen nicht einmal mit einer Subvention von 60%, ist ein Stopp angesagt.»

beschlossene Solarexpress eine bescheidene Zwischenbilanz auf. Von 62 Projekten in den Alpen werden bloss noch 35 verfolgt. Eine einzige, im bündnerischen Sedrun, befindet sich im Bau. Kaum ein weiteres Projekt dürfte es mehr schaffen, die zeitliche Vorgabe einzuhalten.

Selbst wenn die übriggebliebenen Projekte realisiert würden, was höchst unwahrscheinlich ist, wird höchstens die Hälfte des Ziels – zwei TWh bis Ende 2030 – erreicht. Eine Umfrage unter den Mitgliedsfirmen förderte zutage, was von Beginn weg abzusehen war. Die Frist ist – trotz beschleunigtem Bewilligungsprozess – zu eng gesteckt. Bis Ende 2025 muss mindestens 10% der vorgesehenen Jahresproduktion der Anlage ins Strom-

netz eingespeist werden. Doch viele Projekte ziehen sich wegen Einsparungen von Umweltverbänden in die Länge, oder die lokale Bevölkerung opponiert.

Fehlende Wirtschaftlichkeit

Zudem sind die Kosten alpiner Solaranlagen unterschätzt worden. Vor allem wegen der «erschwererten Erschliessung in abgelegenen Gelände» seien die Investitionen sehr hoch, schreibt der Branchenverband. Mit dem ernüchternden Fazit: «Die wenigsten Anlagen werden mit den aktuellen Marktpreisen auch unter Berücksichtigung der Förderbeiträge konkurrenzfähig produzieren».

Trotz ernüchternder Zwischenbilanz erachtet der VSE den Solarexpress nicht als gescheitert, schliesslich leisteten die Projektnehmer «Pionierarbeit». Seine Forderung einer «Anschlusslösung» ist von der Politik gehört worden: Im Dezember berät der Ständerat über eine Weiterführung der Förderung.

Das wird wenig helfen. Die Weiterführung ist abzulehnen, die mangelnde Wirtschaftlichkeit alpiner Solaranlagen wird nicht aus der Welt geschafft. Wenn diese nicht einmal mit einer staatlichen Subvention (euphemistisch «Einmalvergütung» genannt) von 60% rentieren, ist vielmehr ein Stopp angesagt. Photovoltaik kann in der Schweiz ihren Beitrag zur Stromversorgung leisten – als ein Pfeiler der Energiestrategie eignet sie sich nicht.

FINANZ und WIRTSCHAFT invest



Investieren Sie in den **FuW Swiss 50 Index**, der im Gegensatz zum SMI kein Klumpenrisiko und mehr Aktien hat. Das Anlageprodukt ist pfandbesichert.
Valorennummer: 117 179 182



Das **FuW-Eco-Portfolio** enthält auserlesene Unternehmen, die eine CO₂-Reduktionsstrategie verfolgen und besonders aussichtsreich sind. Auch da gibt es neu ein Anlageprodukt mit Pfand.
Valorennummer: 117 179 725



Das **FuW-Risk-Portfolio** gibt es jetzt ebenfalls als Anlageprodukt mit Pfand. Unser Portfolio setzt seit 25 Jahren erfolgreich auf Schweizer Aktien mit dem gewissen Kick. Hier geht es auch darum, von Spezialsituationen zu profitieren.
Valorennummer: 117 179 723



Abgerundet wird unser Angebot vom **FuW-Value-Portfolio**. In der seit über zehn Jahren geführten Auswahl stehen reizvolle Value-Aktien mit Fokus Nordamerika und Europa.
Valorennummer: 117 179 724